

Caritas

Cornelia Lehmann

Caritas ist Nächstenliebe und soziale Gerechtigkeit. Beides zusammen braucht es. Besonders im Wissen darum, dass die Armut in der Schweiz in den letzten Jahren zugenommen hat; 2020 hat sie sich sogar verschärft, hier und weltweit.



Dominic Wenger/Caritas

Armut ist in der Schweiz oft verborgen

2019 – also schon vor der Corona-Krise – waren bei uns 660'000 Personen armutsbetroffen und mehr als eine Million armutsgefährdet (laut dem Bundesamt für Statistik). Ein Viertel unserer Bevölkerung verfügt zudem über keinerlei Vermögen, hat keine Reserven. Was bedeutet: Wer bereits vor den Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gerade mal so über die Runden kam, geriet infolge von Kurzarbeit oder reduzierten Arbeitsstunden in kürzester Zeit in Schwierigkeiten, Angestellte genauso wie Selbständigerwerbende. Armut in der Schweiz wurde sichtbar. Das Hilfswerk Caritas leistete in dieser Notsituation finanzielle Unterstützung, mit Hilfe der Glückskette, dank der Solidarität der SchweizerInnen. Es hat die Sozial- und Schuldenberatungen ausgebaut. Es

hat sich darüber hinaus in die politische Debatte eingemischt, indem es etwa Zugang zu Leistungen unabhängig vom Aufenthaltsstatus und bei tiefen Einkommen die Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent des Monatslohns fordert.

Schnelle Hilfe ist wichtig, nachhaltige Hilfe ist nötig

Die rasche Hilfe war genau das Richtige. Doch sie genügt nicht, denn die strukturellen Mängel sind immer noch nicht behoben, obwohl wir uns im Rahmen der globalen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung eigentlich verpflichtet hätten, die Armut in der Schweiz bis 2030 zu halbieren (im November bereits abgeschwächt zu einem unkonkreteren «Armut reduzieren»). Wir brauchen eine nationale Armutsstrategie. Im Speziellen möchte ich hier kurz zwei «Baustellen» anführen, auf denen dringend gearbeitet werden sollte: Regulierungen im Bereich prekärer Arbeit sowie die Sozialhilfe.

Prekäre Arbeit: Tiefer Lohn, schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Absicherung

Prekäre Arbeit ist eine in vielerlei Hinsicht unsichere Arbeit. Es besteht eine Unsicherheit finanziell, d.h. wegen des tiefen bzw. schwankenden Lohns, weiter bezieht sie sich auf die wenig geregelte Arbeitszeit: Arbeit auf Abruf, stark schwankende Pensen, kein garantiertes Minimum an Stunden. Zusätzlich sind bei prekärer Arbeit gewisse Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Altersarmut nur mangelhaft abgesichert. Die aktuelle Krise hat gezeigt, dass wir soziale Schutzkonzepte bräuchten, betreffend unter anderem Mindestlöhne und Beschäftigungsvolumen. Wohl können etliche Arbeitnehmende durch Bildung eine bessere Arbeit erhalten, aber dieser Weg wird kaum allen möglich sein – daher wäre Regulierung mindestens ebenso wichtig wie Qualifizierung. Eine Gelegenheit dafür bietet die kommunale Mindestlohninitiative, eingereicht in den Städten Zürich, Winterthur und Kloten. Sie verlangt 23 Franken Mindestlohn; damit wäre eine 100%-Stelle existenzsichernd.

Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangbecken

Sie ist dann zuständig, wenn die Massnahmen in den ihr vorgelagerten Systeme

men ausgeschöpft sind. Doch längst nicht alle machen ihren Anspruch darauf geltend. Weil sie sich schämen. Weil sie mit der Bürokratie überfordert sind. Die Sozialhilfe steht seit einigen Jahren unter stetem politischem Druck: Die BezügerInnen werden diffamiert, gesetzliche Hürden erhöht, Leistungen abgebaut. Arbeit solle sich wieder lohnen, ist eine verbreitete Botschaft dazu; dabei werden die systemischen Ursachen von Armut ausgeblendet. Zu den Zahlen: Ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden sind Kinder, rund ein Viertel Working Poor. Die Sozialhilfe muss angepasst werden – aber natürlich nicht in Richtung Abbau! Vielmehr bräuchten wir eben die erwähnte nationale Strategie zur Armutsbekämpfung, denn unser System der sozialen Sicherheit ist heute ein Flickwerk, da sich die einzelnen Komponenten (z.B. IV, ALV) unabhängig voneinander weiterentwickelt haben.

Und die Armut jenseits unserer Grenzen?

Hier stellen sich die Gerechtigkeitsfragen sehr radikal, wie Marianne Hochuli im Caritas-Almanach Entwicklungspolitik festhält. Die Situation vieler Menschen in Entwicklungsländern wird schon infolge des Klimawandels – für welchen wesentlich wir wohlhabenden Länder verantwortlich sind – kritischer. Nun kommt noch die Corona-Pandemie dazu. Die Schweiz hat im Rahmen der Agenda 2030 der Verpflichtung zugestimmt, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Sie legt sich allerdings nicht fest, wann das Ziel erreicht werden soll. 2019 lag die Quote bei 0,44%. Dies ist unter dem vom Parlament festgesetzten Ziel von 0,5% und unter dem Durchschnitt der Mitglieder der EU. Zudem ist es nicht nur so, dass wir das Ziel bezüglich «Geben» nicht erfüllen (wollen), genauso wenig kommen wir der Forderung nach, gerechtere Bedingungen zu schaffen. Was unter anderem die Bekämpfung von Finanzabflüssen und Gewinnverschiebungen aus Entwicklungsländern bedeuten würde.

Gegen jeden der hier angetippten Lösungsansätze – wie den Mindestlohn – werden viele Einwände vorgebracht, manche sind sachlich, eine Überlegung wert, andere hingegen grenzen an Zynismus. Bleiben wir solidarisch, mit Herz, Verstand und politischer Entschlossenheit!

www.caritas-zuerich.ch/armutsforum

Sozialalmanach 2020 und Almanach Entwicklungspolitik 2020, beide Caritas-Verlag, Luzern